

Wochenspiegel Extra

Darüber diskutiert Frankreich

6. - 12. Juli 2024

Weitere Informationen zu den Parlamentswahlen finden Sie in unserem Wahldossier: Hier klicken

Nach der Wahlniederlage des Regierungslagers hatte Frankreichs Premierminister Gabriel Attal seinen Rücktritt angeboten. Präsident Macron lehnte das ab, um "die Stabilität des Landes zu sicherzustellen". In einem am 10. Juli veröffentlichen Brief an die Französinnen und Franzosen erklärte der Staatspräsident, dass die aktuelle Regierung vorerst geschäftsführend im Amt bleibe. Die Franzosen hätten sich für eine "republikanische Front" entschieden, diese müsse nun konkretisiert werden, betonte er.

Eric Ciotti, der eigentlich noch amtierende Parteivorsitzende der Républicains (LR), der sich bei den Wahlen RN angeschlossen hatte, kündigte an, dass die 17 Abgeordnete seiner Liste eine eigene Fraktion mit dem Namen "A Droite!" gegründet haben, die konstruktiv mit RN in der Nationalversammlung zusammenarbeiten will. Die Partei LR hat mit 3 Gerichtsverfahren versucht, Ciotti als Vorsitzenden abzusetzen, was aber bisher gescheitert ist. Ein neues Verfahren läuft, soll aber laut Medien erst am 18.10. entschieden werden.

Währenddessen benannten die "historischen" Républicains ihre Fraktion in "La Droite republicaine" um und ernannten Laurent Wauquiez zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. Die Fraktion diskutiert derzeit die Möglichkeit eines Gesetzespaktes mit dem Präsidentenlager. Konkret sollen rund 10 Gesetzestektes zu den Themenbereichen Sicherheit, Arbeit etc. vorgeschlagen werden, die von der Präsidentenmehrheit unterstützt werden sollen. Im Gegenzug verspricht die LR-Fraktion, eine Regierung des macronistischen Lagers nicht behindern zu wollen. Eine Regierungsteilnahme steht aber derzeit nicht auf der Tagesordnung. Um die Regierung vor Misstrauensanträgen zu schützen, würde aber ein solcher Pakt noch die Unterstützung der moderaten Linken benötigen.

Der Regionalratsvorsitzende von Hauts de France und ehemalige Arbeitsminister und Präsidentenkandidat Xavier Bertrand (LR) plädierte wiederum für eine Regierung des "nationalen Notstands", die von einem LR-Vertreter angeführt werden soll. Eine Koalition soll "so nah wie möglich an eine absolute Mehrheit kommen". Dies impliziert dementsprechend auch eine Einbindung der moderaten Linken. In der LR gibt es somit jetzt zwei Flügel, die einen, die sich eine themenbezogene Zusammenarbeit mit dem Präsidentenlager vorstellen könnten und auf der anderen Seite, diejenigen, die von einer möglichen "Koalition" sprechen. Diese Gruppe scheint aber bislang in der Minderheit.

Edouard Philippe (Horizons), dessen Partei mit 26 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten sein wird, plädierte in einem Fernsehinterview am 9. Juli für eine "technische Vereinbarung" zwischen dem Präsidentenlager und Les Républicains (LR). Die LR hätten eine moralische Verantwortung, im Falle der Ablehnung eines solchen Abkommens "müssen sie ihren Wählern erklären, dass sie eine Regierung der Neuen Volksfront mit LFI vorgezogen haben".



Bei den bisherigen Verhandlungen konnten sich die vier größten Linksparteien nicht auf einen Premierminister einigen. Adrien Quatennens, ehemaliger LFI-Abgeordneter, erklärte auf X: "Macron will uns den Sieg stehlen und manövriert, um die Umsetzung des Programms der Neuen Volksfront zu blockieren." Er schlug einen "großen Volksmarsch in Richtung Matignon (das Amtsgebäude des französischen Premierministers" vor. Marine Le Pen verglich den Marsch mit der "Erstürmung des Kapitols". In einem Kommuniqué rief die Gewerkschaft CGT cheminots für den 18. Juli zu Kundgebungen vor den Präfekturen und in der Nähe der Nationalversammlung in Paris auf. Die Gewerkschaft forderte "Respekt vor den Wahlurnen" und die Bildung einer Regierung "rund um das Programm der Neuen Volksfront". Sophie Binet, Generalsekretärin der CGT plädierte dafür, "die Nationalversammlung unter Aufsicht zu stellen".

Das von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orban aus der Taufe gehobene Rechtsbündnis "Patrioten für Europa" bildet eine neue Fraktion im Europaparlament. Fraktionschef wurde Rassemblement National-Parteichef Jordan Bardell. Neben Orbans Partei Fidesz sind unter anderem das rechtsnationale Rassemblement National aus Frankreich, die an Italiens Regierung beteiligte nationalistische Lega und die einwanderungsfeindliche FPÖ aus Österreich Teil der Fraktion. Die neue Fraktion ist drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Generaldirektor des Rassemblement National (RN), Gilles Pennelle, ist in Folge der Parlamentswahlen zurückgetreten. Pennelle wurde am 9. Juni als Europaabgeordneter gewählt und gilt als Kopf des sogenannten "Plan Matignon", mit dem RN den Posten des Premierministers erobern wollte. Er etablierte ebenfalls die Kandidatenliste für die Parlamentswahlen. Die Auswahl zahlreicher Kandidaten stand in starker Kritik, nachdem diese mit rassistischen und antisemitischen Äußerungen auffielen.

| m | 8 | 4 | 7 |
|----|----|---|-----|
| 0 | 2 | 6 | 5 |
| 72 | | 3 | - 2 |
| 7 | 4 | 9 | 9 |
| 9 | 00 | 2 | 0 — |

DIE ZAHL DER WOCHE

14. Juli

Zum ersten Mal seit 45 Jahren wird die traditionelle Militärparade am 14. Juli nicht auf der Avenue des Champs-Elysées, sondern auf der benachbarten Avenue Foch abgehalten. Dies liegt an den Olympischen Spielen, die am 25. Juli starten und deren Austragungsorte zum Teil an der traditionellen Strecke liegen. In diesem Gedenkjahr wird die Parade den 80. Jahrestag der Befreiung von 1944 würdigen. Eine Einladung zur Teilnahme an der Parade mit ihren Emblemen wurde an alle 31 Nationen ausgesprochen, die dazu beigetragen haben,